

VOR 25 JAHREN

**Illgau:
Turnhallen-Erweiterung**

Nachdem die Gemeinde Illgau bereits das Schulhaus um drei Schulzimmer erweitert hat, steht nun auch noch eine Renovation dieses 26jährigen Gebäudes bevor. Weiter plant man die Turnhalle um rund einen Drittel zu erweitern. Drüber wird wahrscheinlich bereits im Dezember abgestimmt. (ie)

Aus dem «Boten» vom 8. November 1991.



Die Gemeinde Illgau möchte die Schulanlage, bzw. die Turnhalle erweitern.

**Cargo-Domizil wird
in Goldau konzentriert**

Das erst 1983 mit dem Neubau des Bahnhofs in Seewen eingerichtete Cargo-Domizil-Zentrum für den Stückgut-Verkehr wird bereits wieder aufgehoben. Im Zuge von Rationalisierungsmassnahmen der SBB wird ab 1. Januar 1992 der Stückgutverkehr für die ganze Region von Goldau aus abgewickelt. Mit sechs ständig im Einsatz stehenden Lastwagen wird die Firma Betscherts Söhne AG, Brunnen, diese Aufgabe wahrnehmen. (a)

**Regierungsrat Kürzi tritt
zurück**

Regierungsrat Marcel Kürzi tritt auf Ende der Legislaturperiode 1992 zurück. Der liberale Einsiedler ist seit 1980 Regierungsrat und Vorsteher des Justizdepartementes des Kantons Schwyz. 1989/90 amtierte er als Landammann. Kürzi ist somit nach Walter Gisler (CVP) der zweite Schwyzler Regierungsrat, der im kommenden Frühjahr nicht mehr kandidieren wird. (lpd/al)

Aus dem «Boten» vom 12. November 1991

**Gleichstellung
bei Oberallmeind kommt**

Beginnt nun die grosse Gleichberechtigungs-Welle in den 70 Genossamen und Korporationen im Kanton Schwyz? Dieser Eindruck könnte entstehen, nachdem ein diesbezügliches Gerichtsurteil vorliegt und die Einsiedler Genossame Dorf-Binzen am Wochenende die Gleichberechtigung von Mann und Frau beschlossen hat. Die Genossamen im inneren Kantonsteil warten jedoch vorerst auf die Oberallmeind, als mit Abstand grösster Korporation. Möglicherweise wird die Frage der nächsten Gemeinde im kommenden Herbst vorgelegt. (al)

Aus dem «Boten» vom 13. November 1991

**Muotathal:
Schwarzstock «auffangen»**

Nach wie vor besteht im Muotathal die Gefahr eines Bergsturzes. Messungen hatten ergeben, dass der Schwarzstock in Bewegung ist, und auch Entwässerungsmassnahmen brachten keine Gewähr, dass es nicht zu einem Bergsturz kommen könnte. Mit einer Rodung von 20500 m² Fläche will nun der Bezirk Schwyz eingangs Muotathal im Schwarzmattli den Kiessammler erweitern, womit zudem jährlich rund 25 000 m³ Kies gewonnen werden könnten. (ie)

Aus dem «Boten» vom 15. November 1991

Regierung und Kommission lehnen Kesb-Initiative ab

Kanton Noch im Dezember wird der Schwyzler Kantonsrat über die Kesb-Initiative befinden. Kommission und Regierung empfehlen, sie abzulehnen. Doch es gibt einen Minderheitsantrag.

Jürg Auf der Maur

Die von Nationalrat Pirmin Schwander und dem damaligen Schwyzler Kantonsrat René Bünter lancierte Kesb-Initiative wird im Kantonsrat zur erwarteten Kontroverse führen. Das zeigt die Vorberatung durch die Kommission für Gesundheit und Soziale Sicherheit. Die Debatte wird voraussichtlich in der kommenden Dezembersession traktandiert, sodass das Geschäft im Frühjahr 2017, allenfalls am Mai-Abstimmungswochenende, an der Urne vorgelegt wird.

Die Initiative verlangt, dass die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) wieder von den Gemeinden geführt wird. Diese soll aus Fachpersonen und Gemeindevertretern bestehen. In kleineren Gemeinden sollen sich die Behörden überkommunal zusammenschliessen können.

**Kommissionsmehrheit hält
nichts vom Vorhaben**

Dagegen wehrt sich nun die Kommission, welche der Schwyzler SP-Kantonsrat Paul Furrer präsidiert. Wie die Regierung erklärt die Kommission die Initiative für gültig, empfiehlt sie aber zur Ablehnung. «Das erklärte Ziel der Initianten, mehr Bürgernähe zu erreichen,

«Die Bürgernähe wäre auch nicht gegeben.»



Paul Furrer
SP-Kantonsrat, Schwyz

wäre nicht gegeben», führt Furrer als Argument ins Feld.

Grund: Das Bundesgesetz hält fest, dass es nach wie vor Fachleute braucht, die in den Gemeinden mitentscheiden. «Das heisst, dass gerade kleinere Ge-

meinden Mühe hätten, solche Fachleute anzustellen, wenn sie überhaupt in genügender Weise vorhanden wären.» Legen sich die kleineren Gemeinden aber in Verbänden zusammen, um sich die Kosten und Fachleute zu teilen, wäre das Ergebnis in den Augen der Kommissionsmehrheit wieder das gleiche wie heute. Furrer: «Da wäre das Hauptpostulat, die Bürgernähe, ebenfalls wieder nicht gegeben.» Für die Kommissionsmehrheit ist deshalb klar: Wenn man mit dem Bundesrecht und seinen Vorgaben nicht einverstanden ist, dann «muss man auf Bundesebene ansetzen und nicht bei der Organisation auf Stufe des kantonalen Rechts», heisst es in einer Mitteilung. Ein Wechsel der Trägerschaft bringe mit sich, dass die Kesb und die Amtsbeistandschaften beim Kanton abgebaut und durch Gemeinden neu aufgebaut werden müssten. Das verursache Kosten bei den Gemeinden. Diese müssten erneut bei Punkt null starten. Man befürchtet «Unsicherheiten und Unruhen, wie dies beim Start der kantonalen Kesb vor vier Jahren der Fall gewesen ist».

**Minderheitsantrag kämpft für
Unterstützung der Initiative**

Damit sind in der Kommission aber nicht alle einverstanden. Insbesondere aus

SVP-Kreisen entstand vehemente Gegenwehr. Diese Minderheit beantragt dem Kantonsrat, die Initiative anzunehmen. Die Kesb in der heutigen Form könne nicht weiter funktionieren. Der Einbezug der Gemeinden in die Entscheidungsfindung der Kesb sei ein zentrales Anliegen für mehr Bürgernähe und zweckmässige Massnahmen zum Wohl und Nutzen der Betroffenen.

Da das Kommissionsgeheimnis gilt, ist nicht klar, wer sich für oder gegen die Ablehnung aussprach. Anzunehmen ist, dass der Minderheitsantrag vor allem vonseiten der SVP getragen wird. Klar ist auch, dass mindestens drei der zehn Mitglieder der Kommission gegen den Mehrheitsentscheid waren. Denn es braucht mindestens drei Stimmen, um einen Minderheitsantrag in den Kantonsrat einbringen zu können.

**Gemeindeverband lehnt
Initiative ab**

Regierung wie Kommissionsmehrheit sind zudem überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Kesb und den Gemeinden heute gut funktioniert. Der Gemeindeverband lehnt die Initiative ab, wie bereits früher bekannt wurde. Zudem stützen die Schwyzler Gerichte die Mehrheit der Kesb-Entscheide.

Grosse Nachfrage: 19 von 32 Wohnungen sind bereits vermietet

Brunnen Das Angebot für betreutes Wohnen ist ein Volltreffer. Anfang April 2017 kann der Neubau am Heideweg bezogen werden, von Beginn weg in Vollbesetzung.

Die Erfolgsstory setzt sich fort. 2014 hat der Bürger der Zusammenarbeit der Gemeinde mit der Genossame Ingenbohl sowie einem Baukredit von 14,5 Mio. Franken wuchtig zugestimmt, etwa im Verhältnis eins zu zehn. Sofort hat das Projekt Fahrt aufgenommen, um die 32 Wohnungen zu realisieren.

Ebenso schnell wurde Wohn-Interesse angemeldet. Auf der Liste waren schliesslich 97 Anmeldungen notiert. An einer ersten Informationsveranstaltung ist das Angebot 84 Personen im Detail vorgestellt worden, jetzt sind 19 der Zweieinhalb-Zimmerwohnungen bereits fest vermietet. Heimleiter Reinhold Roten geht davon aus, dass bei Betriebsaufnahme das Haus voll besetzt sein wird. «Wir erhalten täglich weitere Anfragen», betonte er, auch zu vielen Details, etwa was die Einrichtung, das Angebot und die Betreuung angehen.

**24-Stunden-Notfallpikett durch
das Alterswohnheim**

Das Konzept sieht vor, dass in diesen drei miteinander vernetzten Gebäuden AHV-Bezüger wohnen werden, welche noch selbstständig haushalten können, sich aber auf ein gewisses Mass an Betreuung verlassen wollen. Dazu gehört zum Beispiel, dass vom benachbarten Alterswohnheim aus während 24 Stunden ein Notfallpikettendienst gewährleistet wird. Oder dass Mieter sich gegen Abgeltung dem Service des Alterswohnheims – zum Beispiel für Verpflegung oder Lingerie – anschliessen können.

Das Projekt ist innovativ. Die Genossame hat das Grundstück im Baurecht zur Verfügung gestellt und realisiert den Neubau, die Gemeinde wird den Betrieb übernehmen. Inzwischen sind auch die betrieblichen Abläufe dazu analysiert und aufeinanderabgestimmt worden.



In gut vier Monaten wird eröffnet: Das Zentrum für betreutes Wohnen steht baulich im Schlusspurt.

Bild: Josias Clavadetscher

Auch liegt die Genehmigung des Kantons vor, dass die Pflege hier im Stile der Spitex durch Personal des Alterswohnheims vorgenommen werden kann. Das betreute Wohnen ist aber kein Pflegeheim. Wenn Mieter langfristig eine gewisse Pflegestufe erreichen, müssen sie die Wohnung verlassen und in eine Pflegeeinrichtung wechseln. Idealerweise ins Alterswohnheim.

**Von der günstigen Zinslage
stark profitiert**

Vor der Volksabstimmung haben die Behörden in Aussicht gestellt, dass eine

Mietzinsobergrenze von 2000 Franken pro Monat soll eingehalten werden können.

Nun stehen die Mietzinsen fest. Sie bewegen sich – je nach Stockwerk – zwischen 1760 und 2000 Franken. Darin inbegriffen sind die allgemeinen Nebenkosten sowie ein Anteil für die Betreuung. Das aktuell sehr tiefe Zinsniveau ist dieser Tarifierung sehr entgegengekommen.

Wie Gemeindegassier Marcel Betschart bestätigte, habe man einen Hypothekarzins auf zehn Jahre «deutlich unter einem Prozent» abschliessen

können. Die laufende Kostenkontrolle zeigt auch, dass der Baukredit eingehalten werden kann.

Am 1. April 2017 wird das Haus für den Betrieb der Gemeinde Ingenbohl übergeben. Am 3. April werden die ersten Mieter einziehen. Pro Etage stehen zudem ein bis zwei Räume zur Verfügung, die vermietet und gewerblich genutzt werden können. Gemäss Konzept kommt dafür idealerweise eine Nutzung für Büros, Praxen oder für Therapie infrage.

Josias Clavadetscher